

10. Wahlperiode

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1989

hier: Personaletat

- Drucksachen 10/4010 und 10/4102

Bericht über das Ergebnis der Beratungen der
Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"
des Haushalts- und Finanzausschusses

Beschlußempfehlung

Der Personaletat wird unverändert entsprechend dem
Gesetzentwurf angenommen.

Bericht

MMV 10 / 2094

Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hat sich in ihrer Sitzung am 2.3.1989 eingehend mit den im Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1989 enthaltenen Stellenzugängen für das Finanzministerium befaßt.

Dabei wurde zunächst die Frage erörtert, in welchem Ressort die Federführung für die Durchführung der Strukturhilfemaßnahmen angesiedelt werden sollte. Nachdem die Vertreter des Finanzministeriums darlegten, daß die Strukturhilfemittel nicht nur ein, sondern mehrere Ressorts der Landesregierung berühren, schien der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" wegen der in der Haushaltsabteilung des Finanzministeriums alle Ressorts berührenden Aufgabenstellung eine Anbindung - auch im Hinblick auf die zu erwartende Verfahrensweise in anderen Ländern und entsprechend dem Wunsch des Bundes - einleuchtend. Im Verlauf der Diskussion stellte sich darüber hinaus heraus, daß die Durchführung der Aufgabe personelle Konsequenzen nach sich ziehen müsse.

Hierbei vermochte sich allerdings die CDU-Fraktion nicht der Meinung der SPD-Fraktion, die eine Stellenvermehrung in dem beantragten Umfang für erforderlich hielt, anzuschließen. Die CDU-Fraktion vertrat die Auffassung, daß die zusätzliche Aufgabe durch aufgabenkritische Umschichtung von Personal und Stellen aus anderen Bereichen erfüllt werden könnte.

Der Personaletat des Gesetzentwurfes wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, bei Abwesenheit des Vertreters der F.D.P.-Fraktion, angenommen.

Dautzenberg
Vorsitzender